

das Christentum als Opium für das Volk dargestellt, um so die Flucht der Christen aus der Welt zu fördern.

Im Dokument der Ökumenischen Bewegung (die Einführung in den Text gab in Erfurt der in Neapel lehrende Dogmatiker *Bruno Forte*, einer der führenden Theologen der jüngeren Generation in Italien) werden die Aussagen über Zeichen der Hoffnung und Widerstände im heutigen Europa eingeleitet durch theologische Überlegungen zum Reich Gottes als Reich des Vaters, des Sohnes und des Geistes. Nicht nur dieser theologische Teil des Dokuments ist sorgfältig gearbeitet; auch die Ausführungen zur Situation Europas und zu den Aufgaben der Kirche verdienen in ihrer *Nüchternheit* und ihrer Absage an problematische Vereinfachung Beachtung.

In der Nr. 10 ist von Christen als „Menschen an der Grenze“ die Rede: „Solidarisch mit dem gelebten Menschsein und gleichzeitig der absoluten Priorität der Initiative Gottes bewußt erleben sie – geprägt von der Undurchsichtigkeit der Wirklichkeit und so tief in sie hineingetaucht –, daß sie oft nicht den Mut haben, diese Wirklichkeit im Licht des unvergänglichen Kriteriums, das Jesus Christus selbst ist, zu beurteilen und sich an diesem Urteil zu orientieren.“ Aber vielleicht, so das Dokument, sei gerade die Haltung der Demut und der Vorläufigkeit, des unaufhörlichen Suchens und des ständigen Neuanfangs die des Sauerteigs, des Salzes der

Erde. Der Text macht deutlich, daß neben dem Bekenntnis zu den „unzähligen Beweisen der Liebe, der Hoffnung und des Glaubens“ in der christlichen Geschichte Europas das Bekenntnis des Versagens stehen muß: „Die Kirchen erkennen die allzu menschlichen Widerstände, die in ihnen selbst dem Kommen des Gottesreiches entgegenstanden und oft noch heute entgegenstehen, die schmerzvolle Geschichte ihrer Trennungen, die ideologischen und politischen Verstrickungen, die zuweilen ihre Präsenz in der Welt beeinflußt haben.“

Botschaft an die Christen Europas

Als *Gegenwartsaufgaben der Kirchen in Europa* nennt das Dokument den Dienst an der Würde des Menschen, der sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit und an der Achtung und Förderung der Schöpfung. Der Dienst der Versöhnung sei nicht nur in Bezug auf die Einheit unter getrennten Christen zu verstehen, sondern auch als Dienst an der Sache des Friedens, der Zusammenarbeit, der Abrüstung, des gegenseitigen Vertrauens unter den Völkern und Nationen. Der Text spricht vom *Evangelisationsauftrag* in der weithin dem Evangelium entfremdeten, säkularisierten europäischen Gesellschaft und von der Notwendigkeit des *Dialogs* mit den Gläubigen anderer Religionen sowie der Auseinandersetzung mit den Ideologien und den kulturellen Strömungen.

Die Grundanliegen des Dokuments faßte die Europäische Ökumenische Begegnung in einer kurzen *Botschaft* zusammen, die zum Abschluß des Treffens auf dem Erfurter Domplatz verlesen wurde. Diese Botschaft ruft die Christen in Europa dazu auf, sich weiter um gegenseitiges Verständnis und um Einheit auf dem ganzen Kontinent zu bemühen, zum Wohl der Menschheit in Europa und der übrigen Welt zu arbeiten. Die Christen sollten sich allem widersetzen, was dem Reich Gottes entgegenstehe: „Mißachtung anderer Konfessionen, Sektierertum, Passivität, Unterwerfung unter politische und kulturelle Systeme, die das Leben der Gemeinden lähmen“. Die Anstrengungen für die Einheit der Christen müßten zugleich „Gehorsam gegenüber dem Willen des Herrn und Überwindung der Widerstände gegen das Kommen seines Reiches“ sein.

Die Botschaft weist auch auf die *europäische ökumenische Versammlung* zum Thema „Frieden in Gerechtigkeit“ hin, die – von der Konferenz Europäischer Kirchen und vom Rat der Europäischen Bischofskonferenzen getragen – an Pfingsten 1989 in Basel stattfinden wird. Ob es gelingt, in Basel ein deutliches Zeichen für das gemeinsame Bemühen der Christen in Europa um Gerechtigkeit und Frieden zu setzen, bleibt abzuwarten. Das Treffen von Erfurt hat allerdings gezeigt, daß die Kooperation von KEK und Rat der Europäischen Bischofskonferenzen auf einem guten Weg ist. U. R.

Für eine demokratische Zukunft

Chile nach dem Referendum

Der politischen Entwicklung in Chile nach dem für General Augusto Pinochet verlorenen Plebiszit vom 5. Oktober ist zwar von der Verfassung bis ins Jahr 1990 ein festgefügtter Rahmen gesetzt; aber die tatsächlichen Machtverhältnisse haben sich mit dem klaren Sieg der Opposition doch spürbar verschoben. Die öffentliche Meinung ist in gefährlichem Ausmaß polarisiert, die Stimmung in der Bevölkerung schwankt zwischen Erwartung und Ungeduld. Es geht dabei um mehr als um die sich abzeichnenden Machtkämpfe der Politiker bei-

der Lager: „Heute gibt es zwei Chile: ein zufriedenes und ein leidendes, und beide stehen nicht miteinander in Verbindung. Es kommt darauf an, diesen Graben aufzufüllen, das Land wieder zu vereinen“ (Patricio Aylwin, Vorsitzender der Christdemokratischen Partei Chiles, in Eichholz-Brief 2/88).

Als der General sich am Tag nach dem verlorenen Plebiszit erstmals im Fernsehen zeigte, trug er wieder die weiße Gala-Uniform des Heeresoberkommandierenden – für

die Zeit des Wahlkampfes hatte er Zivilkleidung angelegt. Vor dem Bildschirm hatten sich die Chilenen zuerst die Augen gerieben ob des ungewohnten Anblicks; dann schieden sich die Geister: Die einen glaubten dem wohl-tätigen Landesvater Chiles, als der er sich präsentierte und der ihnen eine „authentische Demokratie“, Ruhe, Ordnung und Wohlstand versprach; die anderen hielten den General nur für verkleidet. Letztere stimmten beim Plebiszit mit „Nein“, also gegen den einzigen Kandidaten Pinochet (rund 55 Prozent), erstere mit „Ja“ (rund 43 Prozent).

Das altvertraute Erscheinungsbild des 72jährigen Generals auf dem Bildschirm signalisierte der Bevölkerung auf augenfällige Weise, daß vorerst alles oder fast alles beim alten bleibt – Grund zur Beruhigung für die Anhänger des Regimes, Anlaß zur Unzufriedenheit und Empörung bei seinen Gegnern. Gemäß der 1980 verabschiedeten Verfassung, deren größerer Teil noch nicht in Kraft gesetzt ist, endet die sogenannte Phase des Übergangs mit dem 11. März 1989. Im (eingetretenen) Fall der Ablehnung des Kandidaten durch Volksentscheid verlängert sich die Amtszeit des regierenden Präsidenten und der Militärjunta um ein Jahr. Drei Monate vor Ablauf dieser Frist müssen *Präsidenten- und Parlamentswahlen* abgehalten werden.

General Pinochet hat auch nach der Wahlniederlage keinen Zweifel daran gelassen, daß er ungeachtet der Rücktrittsforderungen (der Sozialist *Ricardo Lagos*: „eine würdige Geste, zu der ein geschlagener General verpflichtet ist“) bis März 1990 im Amt bleiben wolle: Die mit großen Anstrengungen seit 1973 aufgebaute moderne staatliche Ordnung „muß aufrechterhalten werden“. Und mit drohendem Unterton fügte er hinzu: „Damit keine falschen Hoffnungen entstehen: Chile wird sich von nichts und niemandem daran hindern lassen, auf seinem Weg zu einer vollgültigen Demokratie voranzugehen.“ Die weiteren Schritte des „Übergangs“ seien bereits unverrückbar festgelegt.

Eine nicht einfache Konstellation

Dies ist eine klare Absage an die Forderungen der Opposition nach einem *beschleunigten Demokratisierungsprozeß*. Vorgezogene Wahlen etwa wären formell erst nach einer Verfassungsänderung möglich. Die Aussichten dafür stehen denkbar schlecht: Verfassungsänderungen können nur nach einem weiteren von der Regierung angesetzten Referendum vom (derzeit nicht existenten) Kongreß mit Dreifünftelmehrheit verabschiedet werden. Zur Zeit erörtern die chilenischen Verfassungsrechtler strittige Fragen der Auslegung.

Es ist überhaupt zweifelhaft, ob Pinochet der Opposition in der kurzen Frist bis zu den Wahlen in gut einem Jahr mehr politischen Spielraum gewährt, als ihm opportun erscheint. Kurz vor dem Plebiszit war in kirchlichen wie in politischen Kreisen die Einschätzung zu hören: Pinochet sei psychologisch nicht auf eine Niederlage vorbereitet.

Dies wäre auch eine Antwort auf die Frage, warum sich der General einem Referendum mit ungewissem Ausgang überhaupt gestellt habe: Pinochet hat wohl nicht ernsthaft mit einem für ihn negativen Ergebnis gerechnet.

Um so schwieriger dürften sich die politischen Konstellationen im kommenden Jahr entwickeln. Terminierung, Vorbereitung und Durchführung des Plebiszits haben einerseits die ungebrochenen Machtansprüche des Präsidenten (nicht so sehr der Streitkräfte insgesamt) sichtbar werden lassen. Das Regime machte aber auch eine Reihe von *politischen Konzessionen* (Aufhebung des Ausnahmezustands, Rückkehrerlaubnis für die Zwangsexilierten, Fernsehauftritte oppositioneller Politiker), die ihm die Opposition abgerungen und die noch vor einem Jahr niemand für möglich gehalten hatte.

Im regime-internen Ringen um den Kandidaten für das Plebiszit und im eigentlichen Wahlkampf zeigten sich Risse im rechten politischen Spektrum. Pinochet, die Streitkräfte und die politische Rechte – das waren keineswegs mehr deckungsgleiche politische Größen, was aus wahltaktischen Erwägungen von allen dreien mühsam kaschiert wurde.

General Pinochet trugen persönlicher Ehrgeiz und ein mit dem Alter zunehmendes Sendungsbewußtsein durch den Wahlkampf, verstärkt durch seine abgrundtiefe Verachtung für „Politikerfiguren“ ganz allgemein. Seine Ziele waren die Machterhaltung, inhaltlich politisch die Verwirklichung einer „geschützten Demokratie“ für Chile nach der Verfassung von 1981. Diese Verfassung, so sagt man in Chile treffend, sei ebenso maßgerecht auf Pinochet zugeschnitten wie seine Uniformen. Der General wird in Übergangsartikel 14 namentlich als Präsident des Landes genannt; seine Junta, die auch die gesetzgebende Gewalt ausübt, wird legalisiert. Auch nach dem verlorenen Plebiszit sind Pinochet der Oberbefehl über das Heer, die Mitgliedschaft im Nationalen Sicherheitsrat jeweils für weitere acht Jahre und ein Sitz im Senat auf Lebenszeit garantiert. Entsprechendes gilt für die Oberbefehlshaber der anderen Teilstreitkräfte, der Marine, der Luftwaffe und der Carabineros.

„Geschützt“ werden mit dieser Verfassung also zuallererst die Inhaber der politischen Macht: Die Militärs. Die „Neue Demokratie“ hingegen wird durch eine Reihe von Verfassungsartikeln bzw. Übergangsbestimmungen vor der marxistischen Linken geschützt, der auf Dauer die politische Legalität vorenthalten werden soll. Betroffen sind Parteien oder Bewegungen, die Theorien des Klassenkampfes vertreten, Gewalt oder „totalitäre“ Regierungsformen propagieren. Unter Berufung auf den entsprechenden Artikel 8 verbot das Verfassungsgericht 1985 u. a. die Kommunistische Partei Chiles und die „Linksrevolutionäre Bewegung“ (MIR). Mitglieder dieser verbotenen Parteien fallen nach Ausführungsgesetzen von 1987 unter das Berufsverbot; die journalistische Berichterstattung über solche Bewegungen und ihre Anhänger kann untersagt werden.

Die 1980 in einem stark manipulativen Vorgang vom Volk

mit Zweidrittelmehrheit angenommene Verfassung stärkt die Kompetenz des Staatspräsidenten, der auf acht Jahre gewählt wird und mit umfangreichen Befugnissen gegenüber dem Parlament ausgestattet ist. Verfassungsänderungen in wesentlichen Punkten wie der Rolle der Streitkräfte oder dem Parteienverbot sind durch die Zusammensetzung des Senats und ausdrücklich darauf zielende Bestimmungen kaum durchsetzbar (Vgl. Krumwiede/Nolte, Chile: Auf dem Rückweg zur Demokratie?, 1988). Während sich Pinochet nun erwartungsgemäß auf seine Verfassungstreue beruft, hat sich bereits die „Renovación Nacional“ (Partei der Nationalen Erneuerung) als eine der wichtigsten regimetreuen Gruppierungen nach dem Plebiszit dafür ausgesprochen, noch vor 1998 die Bestimmungen für eine Revision der Verfassung zu lockern.

Das rechte Lager droht auseinanderzufallen

Pinochet bietet sich die Möglichkeit, im nächsten Jahr für das Präsidentenamt zu kandidieren – als Zivilist und ein für ihn erfolgreiches Referendum vorausgesetzt, das eine Wiederwahl verfassungsrechtlich ermöglichen würde. Es ist zumindest nicht auszuschließen – sollte das kommende Jahr schwere politische Unruhen bringen, die demokratische Opposition keine akzeptable Alternative bieten und in den eigenen Reihen kein geeigneterer Kandidat präsentiert werden –, daß die immerhin 43 Prozent Ja-Stimmen des Plebiszits noch einmal erreicht werden. Dies würde allerdings eine – nicht mehr wahrscheinliche – Einigung der gesamten politischen Rechten auf die Person Pinochets voraussetzen.

Unter den Rechtsparteien, die General Pinochet bisher stützten, galt die 1987 aus drei kleineren Parteien gegründete Renovación Nacional unter dem ehemaligen Innenminister *Sergio Jarpa* bisher als stärkste Gruppierung. Flügelkämpfe zwischen Jarpa, der zumindest zeitweise für einen zivilen Kandidaten und damit gegen Pinochet plädierte, und dem Pinochet-Berater *Jaime Guzmán* hätten beinahe zur Spaltung der neuen Rechten geführt. Die traditionsreiche Nationalpartei spaltete sich vor dem Referendum tatsächlich in einen Sí- und einen No-Flügel. Sie schloß sich 1985 dem gemäßigten Oppositionsbündnis „Nationale Übereinkunft“ an, versuchte sich als Mittler zwischen Regierung und Opposition und strebt offenbar jetzt das Ziel an, in einem demokratischen Chile die Stimmen der Konservativen auf sich zu vereinen. Rückhaltlos hinter Pinochet steht derzeit allein die „Avanzada Nacional“.

Pinochet versteht und nutzt die Rechtsparteien als Stütze seiner Politik; geschätzt hat er sie nie sonderlich, wie er Parteien, früheren Eingeständnissen zufolge, überhaupt für entbehrlich und sogar schädlich hält. Als die Spannungen im rechten Lager während der Propaganda-Kampagne für das Plebiszit offenkundig wurden, ernannte Pinochet kurzerhand ausgerechnet den Innenminister zum Wahlkampf-Koordinator der Regimereparteien.

Die Unternehmerschaft stützt das Regime in erster Linie wegen seiner neoliberalen Wirtschaftspolitik; ideologische Affinitäten zur Junta sind insgesamt pragmatischen Positionen gewichen. Die Person Pinochet, sein Auftreten, seine geringe Reputation im Ausland, die das Land außenpolitisch stark isoliert hat, stoßen insbesondere bei den erfolgreichen Exportunternehmern zunehmend auf Reserven. Immer häufiger ist zu hören, man brauche Pinochet nicht, um die Privatwirtschaft weiter voranzubringen.

Die Streitkräfte im Widerstreit mit sich selbst

Das chilenische *Militär*, traditionell hochangesehen, streng antikommunistisch, aber ohne eigene politische Ambitionen, dachte 1973 nicht daran, die politische Macht auf Dauer an sich zu ziehen. Mit dem Putsch gegen die Regierung *Salvador Allendes* sollte Chile vor dem Marxismus gerettet, der Staat institutionell gesichert werden. Die von Pinochet und einigen Rechtsideologen entwickelte Vorstellung, die chilenische Politik und Gesellschaft unter seiner Herrschaft völlig umzustrukturieren, „damit Chile nie wieder dem Chaos anheimfällt“, machte sich in den 15 Jahren seiner Amtszeit allenfalls das Heer zu eigen; der Luftwaffe wie der Marine lag der mit messianischem Eifer formulierte Auftrag eher fern. In der Frage des Plebiszits mochten die Oberbefehlshaber die Ambitionen Pinochets, auf diese Weise seine Herrschaft bis 1997 auszudehnen, bei aller Loyalität nicht mittragen; sie ließen Präferenzen für einen zivilen Kandidaten erkennen. Als es ernst wurde, nominierten sie ihn doch.

In allen Waffengattungen, das Heer eingeschlossen, gibt es heute Militärs, die sich der Legitimationsprobleme einer 15 Jahre dauernden Militärrherrschaft bewußt sind. In seltenen und informellen Gesprächen mit der gemäßigten Opposition lagen, wie es heißt, die Standpunkte weit auseinander. Zu offiziellen Kontakten haben sich jedoch auch die aufgeschlosseneren Offiziere nicht bereitefinden können. Die Junta-Mitglieder und Oberbefehlshaber von Marine, Luftwaffe und Carabineros, *Merino*, *Matthei* und *Stange*, stellen auch nach dem Plebiszit den von der Verfassung gesteckten Rahmen, der ihnen schließlich eine führende Rolle im nationalen Leben sichert, für die politische Zukunft Chiles nicht in Frage. Selbst die Kräfte im Militär, die einen Rückzug aus der Politik befürworten, gehen davon aus, daß die verfassungsmäßige Ordnung unverändert erhalten bleibt. Zumindest ist nichts Gegenteiliges aus den Rängen des Militärs bekannt.

Nicht zu unterschätzen ist die Furcht der Militärs, unter einer demokratischen Regierung wegen der *zahllosen Menschenrechtsverletzungen* in den vergangenen 15 Jahren zur Rechenschaft gezogen zu werden. Alle höheren Dienstgrade der Armee machen eine zweijährige Ausbildung bei der Staatssicherheit durch; „fast jeder steckt drin“, so die lapidare Aussage eines Bischofs, der den Beteiligten das Bewußtsein einer verdienten Scham, den di-

rekten Verantwortlichen für die Brutalitäten gerechte Richter wünscht.

Das hermetisch abgeschlossene Leben des Militärs ist der Öffnung neuer politischer Horizonte und dem Austausch über den politischen Willen des Volkes nicht gerade förderlich. Unter der nachrückenden militärischen Generation hat sich das Selbstverständnis von „professionals“ ausgebreitet, die „nur“ ihre Arbeit tun und denen der patriotische Ehrenkodex der chilenischen Militärtradition recht fremd geworden ist. Ganz im Gegensatz dazu gibt es eine Reihe von abgedankten Offizieren, die ihre Ansicht, General Pinochet schädige das Ansehen ihrer Institution, auch öffentlich aussprechen.

Wie weit reicht der Zusammenhalt bei der Opposition?

Die in der „Nationalen Übereinkunft“ zusammengeschlossenen bürgerlichen Oppositionsparteien änderten Ende vergangenen Jahres ihre Strategie, den vom Regime rundweg abgelehnten Dialog über öffentlichen Druck, Aktionen des zivilen Ungehorsams etc. doch noch zu erzwingen. Ihre Einschätzungen, das Ende der Diktatur durch eine Mobilisierung aller oppositionellen Kräfte beschleunigen zu können, hatte sich als falsch erwiesen. Das Oppositionellenbündnis beschloß, das Regime mittels des bisher bekämpften Plebiszits zu schlagen.

Die Einigung von 16 höchst unterschiedlichen politischen Gruppierungen im „Kommando für das Nein“, die Mobilisierung der Bevölkerung für die Eintragung in die Wahlregister, der Wahlkampf unter den restriktiven Bedingungen, die das Regime gesetzt hatte, insbesondere die gut organisierte „Begleitung“ der staatlichen Stellen bei der Durchführung des Plebiszits, sind als außerordentliche Leistung der Opposition zu werten. 7,3 von 8 Millionen Bürgern im wahlfähigen Alter – für lateinamerikanische Verhältnisse ein ungemein hoher Prozentsatz – ließen sich registrieren; der Wahlvorgang verlief sauber; der Aufruf der Opposition an die Bevölkerung, Ruhe zu bewahren und sich auch nicht provozieren zu lassen, wurde bis auf wenige Ausnahmen befolgt – und das Plebiszit gewonnen. Die bekanntermaßen untereinander und innerhalb ihrer Parteien disparate Opposition sprang über ihren Schatten. Sie einigte sich sogar auf ein politisches Rahmenkonzept und stellte ein Wirtschaftsprogramm („sozioökonomischer Kompromiß“) vor, das dem liberalistischen Wirtschaftsmodell der Diktatur soziale Auflagen macht und dem Solidität und Realismus bescheinigt werden.

Die erst im April dieses Jahres wieder völlig legalisierte *Christdemokratische Partei Chiles* (PDC) hat zweifellos einen großen Anteil am Erfolg der Opposition. Sie stellt die stärkste Partei außerhalb des regimetreuen Parteienblocks und hat – anders als die Sozialisten – ihre Basisstrukturen unter der Diktatur nicht völlig verloren. Die PDC stellte ihre parteiinternen ideologischen und personellen Differenzen zurück und konnte so wirkungsvoll

dem Argument der Regierung entgegentreten, die Christdemokraten seien zu zerstritten, um politisch ernstgenommen zu werden. Der 69jährige Parteivorsitzende Aylwin war Senatspräsident unter der Regierung Allende und ist heute das ausgleichende Element in der Partei; sein Gegenspieler *Gabriel Valdés*, der den linken Parteiflügel anführt, wäre – falls sich die Opposition auf einen personalisierten Wahlkampf und eine gemeinsame Plattform verständigte – für die Parteien links von der PDC wohl eher akzeptabel.

Die PDC bemüht sich mit bisher mäßigem Erfolg um das Vertrauen der chilenischen Unternehmerschaft, die ihr nicht zuletzt in Erinnerung an die unter Präsident Eduardo Frei begonnene Landreform linksrevolutionäre und staatsdirigistische Neigungen nachsagt. Mit Mißtrauen beobachtet die freie Wirtschaft wie die gesamte politische Rechte auch das Verhältnis zwischen Christdemokraten und der Kommunistischen Partei Chiles. Die gewünschte klare Abgrenzung zur radikalen Linken hat es in der Geschichte der PDC, die sich immer als reformistische und sozialfortschrittliche Partei verstand und mit den linken Parteien in der Gewerkschafts- und Studentenbewegung zusammenarbeitete, nie gegeben. Eindeutig distanziert haben sich die Christdemokraten allerdings von den Kommunisten, als diese in der Diskussion um die Frage der Durchsetzung politischer Ziele unter der Diktatur gemäß einem Parteibeschuß von 1980 keinen Gewaltverzicht aussprechen wollten.

Heute bemüht sich die christdemokratische Partei im Hinblick auf freie Wahlen, ihre Basis sowohl im bürgerlichen Lager als auch unter der nichtkommunistischen Linken zu verbreitern. Wenn das gelingen soll, muß die Partei ihre im Plebiszit gezeigte Geschlossenheit bewahren, interne Reibungsverluste gering halten und ein Parteiprogramm vorlegen, das die ideologische Basis für eine Volkspartei bilden kann. Entscheidend für die (Wahl-) Chancen der Christdemokraten dürfte auch sein, ob sich die Mehrheit der sozialistischen Gruppierungen (darunter die landesweit legalisierte Radikale Partei, die Sozialistische Partei und die Christliche Linke) für ein Linksbündnis oder ein Mitte-Links-Bündnis ohne die Kommunisten entscheidet.

Wie alle Parteien sind die Christdemokraten dabei, die während der parteipolitischen Zwangspause eingetretenen Erstarrungen zu lösen und das eigene Profil wiederzugewinnen, nachdem in den letzten Jahren der zivile Widerstand gegen das Regime ein Parteiprogramm ersetzte. Insgesamt ist die Partei sicher gut beraten, wenn sie jetzt nachdrücklich das Gespräch auch mit der Regierung, den Streitkräften und den Rechtsparteien sucht. Die ersten Versuche bei Regierung und Junta nach dem 5. Oktober stießen allerdings auf eisige Ablehnung. Auswirkungen auf die Mehrheitsverhältnisse im demokratischen Parteienspektrum werden auch die künftigen Aktivitäten der bewaffneten Extremistenorganisationen MIR und FPMR (*Frente Patriótico, Manuel Rodríguez*) haben, die das Militärregime zwar schwächen, aber nicht zerschlagen konnten.

Die Kirche um Öffnung und Versöhnung bemüht

Nicht unerheblichen Anteil am Ausgang des Plebiszits dürften die *katholischen Bischöfe* Chiles haben – nicht so sehr, weil sie implizit und in einigen Fällen ausdrücklich und öffentlich für das „Nein“ zu Pinochet, eingetreten sind, sondern weil sie enorme Anstrengungen unternommen haben, der in 15 Jahren gezielt entpolitisierten Bevölkerung staatsbürgerliche Erziehung angedeihen zu lassen. „Wir haben zuerst gelehrt, daß es wichtig ist zu wählen; dann ging es darum – und das war noch schwieriger –, das Volk zu lehren, daß man nach seinem Gewissen und ohne Angst wählen soll“ (Bischof *Carlos Camus* von Linares). Der Vorsitzende der Bischofskonferenz, *Carlos González*, widmete ein eigenes Hirtenschreiben dem Phänomen der Angst, „die zur Realität Chiles gehört“. Daß die meisten der drei Millionen Neuwähler, die nach Umfragen nicht nur Unentschlossenheit, sondern generelles Desinteresse am Plebiszit zeigten, sich doch noch in die Register eintragen ließen, ist zweifellos auch ein Verdienst der Kirche. In mehreren Erklärungen, zuletzt unmittelbar vor dem Plebiszit, nannte die Bischofskonferenz die Menschenrechte und die Not der breiten Bevölkerungsschicht, die nicht am Wirtschaftsaufschwung teilhat, als Kriterien für das „Ja“ oder „Nein“ im Plebiszit. Flankiert wurden diese pastoralen Stellungnahmen durch eminent politische Aussagen. So forderte der Vorsitzende der Bischofskonferenz schon Ende vergangenen Jahres freie Wahlen statt des Plebiszits und bezeichnete das Militärregime als unvereinbar mit der christlichen Soziallehre. In diesem Sommer plädierten die Bischöfe nach Gesprächen mit dem Regime öffentlich (und vergeblich) für einen „Konsenskandidaten“.

„Politisch Andersdenkende sind keine Feinde“, erklärten die Bischöfe nach Bekanntwerden des Ergebnisses vom 5. Oktober. Der mit dem Plebiszit begonnene „neue Abschnitt unserer Geschichte ist nicht einfach, die berechtigten Erwartungen sind vielfältig und die Nöte der Ärmsten in unserer Gesellschaft dringend“. Es müsse daher auch darüber nachgedacht werden, ob nicht durch einige Änderungen in der Verfassung den Bedürfnissen der Menschen besser Rechnung getragen werden könnte.

Die je nachdem kritische oder ermutigende Begleitung des politischen Lebens durch die Kirche ist nur ein Teil eines umfassenden und konsequenten Engagements für die Menschen in Chile, deren Lebenswelt die Diktatur entscheidend geprägt hat. Was dem Regime zum Ärgernis wurde, was Pinochet als ständiges Hereinreden der Kirche in Dinge, die sie nichts angehen (sollen), zu bemängeln pflegt, geht auf ein *ganzheitliches Pastorkonzept* der chilenischen Kirche zurück, das Wohl und Heil der Menschen im Auge hat. Die chilenische Realität bestimmte die Schwerpunkte des Programms: nationale Versöhnung, Armut, Menschenrechte, wobei die besondere Sorge der Kirche der Jugend gilt.

Der Wahlkampf für das Plebiszit war ein Beispiel dafür, wie konsequent das Militärregime versucht, nach dem

Prinzip des *divide et impera* die tiefen Gräben offenzuhalten, den die erbitterte politische Auseinandersetzung unter und nach Allende entstehen ließ. Dem stellte die Kirche in den letzten Jahren auf allen pastoralen Ebenen eine *Katechese der Versöhnung* entgegen. Versöhnung setze Wahrheit voraus, wurde und wird in den Gemeinden gepredigt. Wahr sei, daß das politische System in Chile Menschen töte, foltere, verhafte, das Volk bespitzele und gängele: „In Chile haben die Menschen keine Rechte, allenfalls Erlaubnisse“ (Bischof Camus). Wer in einem solchen Staat aufwache, könne keine staatsbürgerliche Verantwortung entwickeln, ist die Sorge der Bischöfe. Deshalb ermutigen sie die Familien, Übergriffe der Sicherheitsorgane bei den Solidaritätsvikariaten zu melden, Unrecht bekanntzumachen.

Mit Sorge beobachtet die Kirche auch die gesellschaftliche Isolierung der Streitkräfte, der jungen Carabineros etwa, die ihre demonstrierenden Landsleute zusammenschlagen, und predigt gerade in den Gemeinden der heimgesuchten Armenviertel gegen das vom Regime propagierte Feinddenken und für Aussöhnung im Volk. So konnte man in den letzten Jahren immer häufiger beobachten, wie wehrlose Demonstranten der Miliz in Sprechchören zuriefen: „Ihr gehört doch zu uns; seid für, nicht gegen das Volk!“ Bei Gedenkgottesdiensten für die Opfer des Regimes in den Vorstädten von Santiago wurde für die Sicherheitskräfte gebetet; nicht selten vergaben Eltern der meist jungen Opfer den Tätern.

Auch am *Wirtschaftskurs der Regierung* haben die Bischöfe bei aller Anerkennung deutliche Kritik geübt. Unter Hinweis auf die katholische Soziallehre forderten sie eine sozial gerechte Verteilung der Gewinne. Die chilenische Wirtschaft erwartet in diesem Jahr wieder eine Zuwachsrate von mehr als fünf Prozent. Trotz des Aufschwungs stagnieren jedoch die Realeinkommen. Nach Angaben der Wirtschaftskommission für Lateinamerika CEPAL ist der Anteil der Chilenen, die in einer Situation der Armut leben, seit 1969 von 17 Prozent auf 47 Prozent (1985) gestiegen.

„Nicht mit gebeugten Knien verharren“

„Wir dürfen nicht mit verschränkten Armen und gebeugten Knien verharren, wenn wir mit einem guten Wort zu einem friedlicheren Zusammenleben in Chile beitragen können“, heißt es in einem Hirtenbrief der Bischofskonferenz zum Jahreswechsel 1988. Johannes Paul II., der sich nach seiner Rückkehr aus Chile 1987 – wie man in Rom hörte – von der chilenischen Kirche stark beeindruckt zeigte, bestärkte die Bischöfe in ihrem pastoralen Engagement, das den politischen Raum um der Menschen willen nicht ausspart. Im Gespräch mit dem Erzbischof von Santiago, Kardinal *Juan Francisco Fresno*, im Sommer dieses Jahres sagte er im Blick auf das bevorstehende Plebiszit: „Sie dürfen die Gelegenheit für einen friedlichen Übergang zu einer echten Demokratie nicht verstreichen lassen“ (Mensaje, Juli 1988, 296). *Gabriele Burchardt*